

Parlamentarischer Vorstoss

2023/110

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Neue Dialyseplätze des USB im BL schafft Überkapazitäten
Urheber/in:	Christina Jeanneret-Gris
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	16. Februar 2023
Dringlichkeit:	Als dringlich eingereicht

Den Medien (Basler Zeitung BAZ vom 9.2.2023) entnehmen wir, dass das Universitätsspital Basel (USB) im Kanton Basel-Landschaft (BL) in Reinach eine vierte Dialysestation eröffnen möchte. Zwölf neue Hämodialyse Plätze sind vorgesehen, betrieben durch die Nephrologie im USB. Die Eröffnung ist für Herbst 2023 vorgesehen. Die Begründung ist eine nephrologische Unterversorgung im Birstal und Leimental. Wie diese Beurteilung zustande gekommen ist, wird nicht beschrieben. Man argumentiert, dass die nephrologischen Patienten von einer universitären medizinischen Versorgung profitieren würden. Indirekt wird damit impliziert, die nephrologische Versorgung im Kantonsspital Baselland (KSBL) könnte ungenügend sein. Diese Aussage entbehrt jeglicher Grundlage und macht die von allen Seiten geforderte interkantonale und überregionale Zusammenarbeit schwierig. Die Frage der Unterversorgung ist klar umstritten. Aus Sicht des KSBL, gibt es für die nächsten 20 Jahre genügend Dialyseplätze. In Liestal und am Standort Bruderholz betreibt das KSBL je eine Dialysestation, zudem gibt es in Münchenstein eine private Dialyse. Im Kanton Baselstadt betreibt das USB, ausser im Universitätsspital, auch noch eine Dialyse im Bethesdaspital. Die neue Dialysestation in Reinach entspricht somit einer klaren Mengenausweitung. Der allgemeine Trend in der medizinischen Versorgung geht hin zu weiterer Ambulantisierung. Das KSBL hat demzufolge Heimdialysen gefördert und ausgebaut (aktuell 20% der Patienten im Kanton BL). Die Dialyse im KSBL ist aktuell nur zu 70% ausgelastet. Völlig unverständlich sind zudem die Stellungnahmen der Kantonssprecher der jeweiligen Gesundheitsdepartemente, welche einmal mehr in einer Doppelfunktion zu befinden haben.

Zusammenfassend habe ich einige Bedenken zu äussern, welche der Einrichtung einer Dialysestation in Reinach, betrieben durch das USB, entgegenzusetzen sind.

1. Die vom KSBL und von Privaten betriebenen Dialysestationen im Kanton BL sind nicht voll ausgelastet, dies zeigen Daten aus einer entsprechenden Masterarbeit. Eine weitere Dialysestation entspricht demzufolge einer Mengenausweitung.
 2. Es gibt die Absicht zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, den gesamten Gesundheitsraum Nordwestschweiz bezüglich Kapazitätsausbau zu berücksichtigen. Dies wird hier klar nicht berücksichtigt.
-

3. Gemäss Mediensprecher des Kantons BL sollen die Überkapazitäten im Auge behalten werden, wenn die Dialyse einmal da ist, wird es zu spät sein.
4. Ein Ausbau von nicht benötigten medizinischen Angeboten wird zu weiteren Kostensteigerungen führen, das ist nicht zeitgemäss.
5. Eine weitere Dialysestation bindet wiederum anderweitig dringend gebrauchte Pflegekräfte und Spezialärzte, das ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht opportun.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten folgende Fragen zu beantworten

- Wurde die, durch das Universitätsspital beabsichtigte Eröffnung einer weiteren Dialysestation in Reinach BL, unter dem Gesichtspunkt der Überkapazitäten im Gesundheitsraum Nordwestschweiz objektiv beurteilt und von unabhängiger Seite her berechnet?
- Nehmen die Vertreter des Gesundheitsamtes BL und BS ihre Doppelrolle als Eigner und als Verantwortliche für den sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen im Gesundheitswesen wahr?
- Durch eine weitere Dialysestation würden wiederum anderweitig dringend gebrauchte Arbeitskräfte in der Pflege gebunden, wie gedenkt die Regierung diesem Umstand Rechnung zu tragen?
- Wie beurteilt die Regierung die fehlende Bereitschaft der Zusammenarbeit des USB mit dem KSBL in der Nephrologie und gibt es da Vorschläge für eine konsensorientierte Problemlösung?